

mitte drin

Ausgabe 03 / 2019 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Grund zu feiern? Grund zu kämpfen!

Berlin hat einen weiteren Feiertag. 8. März – die beste Entscheidung von allen. 8. Mai wäre auch die beste Entscheidung von allen gewesen. So ist das manchmal im Leben. Im vergangenen Jahr haben wir gefeiert, dass Frauen sich 100 Jahre zuvor das Wahlrecht erkämpft hatten. 1918 Jahre nach Beginn der Zeitrechnung.

Wir sind weit gekommen oder liegen – je nach Betrachtungsweise – noch immer beschämend zurück in Sachen Gleichberechtigung. Bis zum 18. März werden in diesem Jahr Frauen umsonst arbeiten müssen, legt man die Lohnlücke (den Gender Pay Gap) zwischen Männern und Frauen zugrunde. Sie beträgt in Deutschland 21 Prozent. Das ist erbärmlich für ein hochentwickeltes Industrieland, das von den 28 Mitgliedern der Europäischen Union auf das höchste Pro-Kopf-Einkommen verweisen kann und zugleich am Ende rangiert, wenn es um Gleichstellung geht. 70 Prozent der Frauen in Deutschland sind berufstätig. 50 Prozent mehr Frauen als Männer sind von



Frauenpower aus Mitte zum Internationalen Frauentag

Armut bedroht. Wie das zusammengeht? Nun, wenn die Politik auf freiwillige Selbstverpflichtung statt gesetzliche Vorgaben setzt, den Niedriglohnsektor ausweitet, prekärer Beschäftigung keine Grenzen setzt, alleinerziehende Frauen im Regen stehen lässt, Vereinbarkeit von Familie und Beruf zwar

proklamiert, aber nicht ausreichend Voraussetzungen dafür schafft, indem zum Beispiel Länder und Kommunen dafür genügend Mittel aus dem Bundeshaushalt bekommen. Dann bleibt es bei 21 Prozent Lohnlücke und

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Öffentlicher Dienst fordert seinen gerechten Lohn

Die aktuellen Tarifverhandlungen bieten die Möglichkeit, vor allem im Sozial- und Erziehungsdienst zu einer angemessenen Entlohnung zu gelangen. Ramona Reiser will erreichen, dass in Berlin die Einkommen nicht länger unter denen der Beschäftigten in anderen Kommunen liegen.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

LINKE mit Kandidaten und Programm zur Europawahl

Von der lebendigen, streitbaren und konstruktiven Debatte des Bonner Parteitages berichtet Tobias Schulze. Er skizziert die eindeutige Haltung der Linkspartei zu Europa und zugleich ihre scharfe Kritik an der aktuellen Verfasstheit der EU.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Mittes Basisdaten - Herausforderungen für die Politik

Der Ende des Jahres veröffentlichte Bericht „zur Bevölkerung und sozialen Lage im Bezirk“ liest sich wie ein dringend notwendiges Arbeitsprogramm. Rüdiger Lötzer hat die zum Teil erschreckenden Fakten zusammengefasst und kritisch kommentiert.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Basistreffen am 20. März, 19 Uhr im Karl-Liebknecht-Haus

(Kleine Alexanderstraße 28, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz)

„Warum ist es aus Berliner Sicht wichtig, an der Europawahl teilzunehmen und DIE LINKE zu wählen?“

mit **Gerry Woop**, Staatssekretär für Europa in Berlin und

Carsten Schatz, Sprecher für Europa der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Wechsel in der Linksfraktion

Die Februarsitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Berlin-Mitte war die letzte BVV für die Verordnete der Linksfraktion Anett Vietzke.



Neu in der BVV: Kadriye Karci

Sie legte ihr Mandat zum Ende des Monats nieder. Grund dafür ist die mangelnde Vereinbarkeit von Familien- und Sorgearbeit, beruflicher Tätigkeit und kommunalpolitischem Engagement. Sie bedauert das sehr:

„Familien- und Sorgearbeit ist in unserer Gesellschaft immer noch ungleich verteilt, mit beruflichen und ökonomischen Nachteilen verbunden und mit politischer Teilhabe nur schwer zu vereinbaren. Parlamentarische Beteiligungsstrukturen sind leider immer noch zu selten von Menschen geprägt, die Sorgearbeit leisten UND politisch tätig sind. Das muss sich unbedingt ändern.“

Anett Vietzke war als kulturpolitische Sprecherin der Fraktion in den Ausschüssen Bildung und Kultur; Wirtschaft, Arbeit, Ordnungsamt und Gleichstellung sowie im Ältestenrat aktiv. Die Linksfraktion wünscht ihr alles Gute. Für sie wird Kadriye Karci in die BVV nachrücken.

In ihrer letzten BVV-Beratung schaffte Anett Vietzke es aber noch nach langer Diskussion, den Antrag „Mobile und flexible Kinderbetreuung in der BVV-Mitte?“ beschließen zu lassen. Darin fordert die Linksfraktion das Bezirksamt auf, zu prüfen, ob und mit welchen Auflagen aus den bereits vorgese-

henen Mitteln für Kinderbetreuung während der Ausschusssitzungen und der Sitzung der BVV-Mitte für Verordnete und Bürgerdeputierte unbürokratisch eine Kinderbetreuung zu Hause finanziert werden kann.

Das war notwendig, weil das seit 2017 bestehende Kinderbetreuungsangebot während der BVV-Sitzungen nicht die Lebensrealität der Verordneten widerspiegelte und deshalb kaum genutzt wurde.

Die BVV stimmte dem Antrag der Linksfraktion mit Stimmen der Grünen, Piraten, FDP und einer Verordneten der CDU zu. Die SPD enthielt sich und der Rest der CDU und die AfD stimmten dagegen.

Andreas Böttger
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE.
in der BVV Berlin-Mitte

Alle Anträge, Anfragen und Initiativen der Linksfraktion Berlin-Mitte auf:

www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Blick aus dem Amt

Kampf für bessere Bezahlung im Öffentlichen Dienst gerechtfertigt

Am 21. Januar begann die Tarifrunde für den Tarifvertrag der Länder. Für die bedeutsamen Tarifverhandlungen wurden vorab drei Termine vereinbart: neben dem Verhandlungsauftakt am 21. Januar sollte es am 06./07. Februar sowie am 01. März weitergehen.

Nachdem die zweite Verhandlungsrunde ohne Annäherung zu Ende ging, riefen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes – Verdi, GEW, Polizeigewerkschaft GdP und IG Bau – für den 13. Februar zu einem ganztägigen Warnstreik auf, an dem sich zahlreiche Beschäftigte, die unter den Tarifvertrag der Länder fallen, beteiligten. Vor der dritten Verhandlungsrunde gab es am 19. Februar einen speziellen Streiktag für die Jugendämter, bei dem ich mir selbst ein Bild der Stimmung machen konnte.

Ich begrüße den Kampf für eine gerechte Bezahlung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Um der Personalnot entgegenzuwirken und dauerhaft auch im Bezirksamt Mitarbeitende gewinnen und halten zu können, sind deutliche tarifrechtliche Verbesserungen

erforderlich. Darüber hinaus müssen Strukturfragen geregelt und über die Eingruppierung der unterschiedlichen Berufsgruppen entschieden werden.

Nach dem jahrelangen Verwaltungsrückbau hat Berlin in den Tarifverhandlungen die konkrete Möglichkeit, die Gehälter zu verbessern und endlich zu einer angemessenen Entlohnung insbesondere im Sozial- und Erziehungsdienst zu gelangen. Die Einkommen der Berliner Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen liegen immer noch unter denen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst in anderen Kommunen.

Auch in Mitte ist die Tarifsituation für Mitarbeitende in den Jugendämtern und speziell in den Regionalen Sozialen Diensten schwierig. Die Mitarbeitenden helfen täglich da, wo es brennt: Wenn Familien und Kinder es nach der Trennung nicht allein schaffen, wenn Eltern bei der Erziehung unterstützt werden müssen, wenn es im Sorgerechtsstreit vor das Familiengericht geht und in vielen anderen Problemlagen. Sie erfüllen diese verantwortungsvolle und komplexe Tätigkeit vielfach

über die Grenzen der eigenen Belastbarkeit. Nicht zuletzt deswegen ist die Fluktuation hoch und die bisherigen Maßnahmen (z.B. Stufenvorweggewährungen in Einzelfällen) sind unzureichend, um diesem berlinweiten Phänomen entgegenzuwirken.

Mit Spannung blicken daher nicht nur die Beschäftigten auf das Ergebnis der Tarifverhandlungen, sondern auch ich. Die Solidarität bei Eltern und Elternvertretern scheint groß, trotzdem möchte ich weiterhin um Verständnis bitten, wenn erneut gestreikt werden muss.

Ramona Reiser, Stadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste

Die Linke – Fraktion in der BVV
Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Die soziale Veränderung Europas steht auf der Tagesordnung!

Bundesparteitag von Bonn

Wer Streit erwartet hatte, wurde von diesem Bundesparteitag bitter enttäuscht. DIE LINKE beschloss in Bonn ihr Wahlprogramm und die Liste der Kandidierenden für die Wahlen zum Europäischen Parlament in sachlicher und konstruktiver Atmosphäre.

Das heißt nicht, dass es keine Dissense gegeben hätte: in der Generaldebatte wurde leidenschaftlich um das Verhältnis zu Europa gerungen. Die EU sei bereits in ihren Grundstrukturen neoliberal, militaristisch und undemokratisch und daher kaum zu reformieren. Die anderen verweisen darauf, dass die Europäische Union gelebte Realität, Garant für inneren Frieden und politisch zu gestalten sei.

Zwischen diesen Polen wurde besonders in der Präambel des Wahlprogramms um diverse Formulierungen gerungen. Am Schluss wurde einmütig ein Wahlprogramm beschlossen, das scharfe Kritik an der Verfasstheit der EU ausdrückt und zugleich den engagierten Willen zu einer sozialeren Gestaltung Europas deutlich macht. Eine europäische Arbeitslosenversi-

cherung, existenzsichernde Mindestlöhne als europäischer Standard und eine gemeinsame, gerechtere Steuerpolitik, die Steuerschlupflöcher der Konzerne schließt – wir als LINKE wollen mehr europäische Integration, aber vor

sie nur noch tot bergen konnte, nachdem die libysche Küstenwache die Menschen auf einem Boot in Panik versetzt hatte. Sie kreuzte mit seiner Leiche an Bord tagelang über das Mittelmeer. „Was sollte ich der traumatisierten



Die zehn Kandidaten der LINKEN für das Europaparlament

Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
(Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrummer Straße)
buero.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

www.sprengebuer.de
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengebuer

allem mehr Solidarität. Dazu gehört ein Investitionsprogramm, um die marode Infrastruktur und den Wohnungsbau voran zu bringen, aber auch eine abgestimmte sozial-ökologische Industriepolitik. Nicht zuletzt setzt sich DIE LINKE dafür ein, alle Bestrebungen zu einer Aufrüstung und Militarisierung der Europäischen Union zu beenden.

Ein aufrüttelndes Thema des Parteitags war das Sterben auf dem Mittelmeer. „Menschenrechte sind unteilbar“, rief die Parteivorsitzende Katja Kipping bereits am Freitag in den Saal und beschwor, sich gegen die „Internationale der Mauerbauer“ zu stellen. Besonders bewegte die Delegierten die Rede der Kapitänin des Seenotrettungsschiffs „Seawatch 3“, Pia Klemp. Die Bonnerin berichtete von dramatischen Einsätzen auf dem Mittelmeer, bei denen bisher 14.000 Menschen gerettet werden konnten. Aber auch von dem zweijährigen Jungen, den

Mutter, die wir retten konnten, über den Friedensnobelpreisträger EU sagen?“ Obwohl die Retter nur ihre Pflicht taten, sind sie von hohen Strafen bedroht. „Bestraft werde ich nur, weil ich Menschen rette, die keinen EU-Pass haben.“ Sie bedankte sich für die Unterstützung der LINKEN in dieser harten Auseinandersetzung.

Die Listenaufstellung startete mit der Wahl der beiden Spitzenkandidat_innen Martin Schirdewan und Özlem Demirel, die beide mit sehr guten Ergebnissen von über 80 Prozent der Delegiertenstimmen in den Wahlkampf geschickt wurden. Es gab um die weiteren Listenplätze durchaus Konkurrenz, das Wahlprozedere wurde trotzdem mit großem Respekt für die gegenseitigen Positionen über die Bühne gebracht. Aus Berliner Sicht können wir auf Martina Michels zählen, die sich in einer Stichwahl um Platz 5 durchsetzen konnte.

Tobias Schulze

Fortsetzung von Seite 1: Grund zu feiern? Grund zu kämpfen!

50 Prozent höherem Armutsrisiko bei Frauen. Es bleibt dabei, wenn das Wahlrecht nicht endlich so geändert wird, dass dieser Bundestag nicht länger ein Männerladen ist. Es wird sich nicht ändern, wenn der überwältigend größte Teil der sogenannten Care-Arbeit (also unbezahlte Sorge, Pflege, Haushalts- und Erziehungsarbeit) von Frauen geleistet wird. Nur jeder dritte Mann leistet mehr als

eine Stunde täglich unbezahlte Haus- und Familienarbeit. So ist es in Deutschland. Für mich bleibt der 8. März deshalb ein Kampftag. Feiern können wir auch, denn wie gesagt, es ist viel erreicht worden. Aber ehrlich – ohne, dass Frauen dafür gekämpft hätten (vor mehr als 100 Jahren haben manche ihr Leben dafür lassen müssen, dass sie wählen gehen wollten), gäbe es die Erfolge nicht.

Und ohne, dass wir auch künftig um Gleichstellung und Gleichberechtigung kämpfen, werden keine weiteren Erfolge dazukommen. Mit dem Feiertag 8. März hat die Berliner Politik das richtige Signal gesetzt. Ich bin wirklich stolz darauf.

Carola Bluhm
Vorsitzende der Linksfraktion
im Berliner Abgeordnetenhaus

Vorkaufsrecht in Mitte wirksam machen

In Mitte wurden - z.B. im Soldiner Kiez - neue Milieuschutzgebiete festgelegt, die mehr Schutz vor teuren Modernisierungen und vor Umwandlungen in Eigentumswohnungen bieten. Dabei soll auch das wichtige Mittel des Vorkaufsrechts angewendet werden. Aber die städtischen Wohnungsunternehmen sehen sich zunehmend außerstande, die aufgerufenen Kaufpreise für Vorkaufsrechte zu stemmen.



Antonstraße 26 , Triftstraße 56 – Spekulative Kaufpreise im Weddingener Milieuschutzgebiet senken!

Fotos: © Orlando El Mondry

Im Wedding hat die private börsennotierte Wohnungsgesellschaft AKELIUS in letzter Zeit Häuser in der Triftstraße 56 und der Antonstraße 26 /Ecke Maxstraße gekauft, musste aber auf den Druck der Betroffenen hin „Abwendungsvereinbarungen“ unterschreiben, die dem Konzern erhebliche Zugeständnisse bei modernisierungsbedingten Mietsteigerungen abverlangen und so die Mieter vor Verdrängung schützen.

Wird eine Abwendungsvereinbarung in Milieuschutzgebieten nicht unterschrieben, hat der Bezirk das Recht auf den Vorkauf durch städtische Wohnungsunternehmen oder mit dem Erhaltungsziel beauftragte Gesellschaften. Allerdings stellen die extrem hohen Immobilienkaufpreise alle Bezirke vor das Problem, ihr vorhandenes Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten überhaupt finanzieren zu können. Tatsache ist, dass ohne die glaubhafte Drohung durch das Vorkaufsrecht Investoren nicht bereit sind, Abwendungsvereinbarungen zu unterzeichnen.

Im Fall AKELIUS hatte Baustadtrat Gothe zunächst noch gesagt, es sei unklar, ob die Finanzmittel für einen Zuschuss zur Verfügung gestellt werden können. Daraufhin haben sich die betroffenen Bewohner, die Weddingener Bezirksgruppe der Berliner Mietergemeinschaft (BMG), die AmMa65 (Amsterdamer/Malplaqetstraßen-Gruppe) und eine Mail-Aktion an den Finanzsenator gewandt.

Letztendlich konnte der Zuschuss des Senats gewährt werden. Aber es gab bereits im



letzten Jahr Vorkaufsfälle, bei denen das nicht gelang, bzw. bei denen es wegen der Kaufpreise Spitz auf Knopf stand. „Gerade bei Häusern, die zu Summen veräußert werden, bei denen die Verdrängung der Mieter schon eingepreist ist, stößt das Instrument bei der Umsetzung an seine Grenzen. Trotzdem ist das Vorkaufsrecht die effektivste Eingriffsmöglichkeit auf Bezirksebene, um Mieter vor Verdrängung zu schützen.“, sagt dazu die Bezirksverordnete der Linksfraktion Katharina Mayer.

Auch die bisherige Stellenausstattung der Bezirke für die Milieuschutzgebiete zeigt Engpässe. Da gilt es schon als Erfolg, wenn einige zusätzliche Stellen zuerkannt werden können.

Reiner Wild vom Berliner Mieterverein fordert: „Es braucht eine einfache und praktikable Regelung, wie die Bezirke die spekulativen Kaufpreise senken können!“ Dazu gehört auch ein Mindestmaß an Verantwortung in den finanziellen Fragen des Mieterschutzes von seiten des Bundes.

Rainer Scholz

Kurznachrichten

➤ Millionen Steuerschulden begüterter Berliner

Die Finanzämter nahmen bei Berlinern mit mehr als 500.000 Euro jährlichem Einkommen eine sogenannte Außenprüfung vor. Allein für elf Säumige waren 23,5 Millionen Euro fällig. Der größte Happen kam aus dem Bereich des Finanzamts Prenzlauer Berg.

➤ Krankenwohnung braucht Hilfe

Die in Moabit betriebene Krankenwohnung der Caritas braucht Hilfe. Die Direktorin der Einrichtung, Ulrike Kostka, sagte dem RBB: „Uns fehlt über eine Viertelmillion. Wir haben gute Fachkräfte, wir müssen Miete zahlen. Ohne dieses Geld können wir das nicht langfristig betreiben.“ Die Station verfügt über mehrere Zimmer mit insgesamt 15 Plätzen. Sie nimmt Obdachlose auf, die zu krank sind, um auf der Straße zu leben, aber nicht ins Krankenhaus eingewiesen werden können.

➤ Neuer Rasen vor dem Reichstag

Bis zum Juli soll die fast fünf Hektar große Grünfläche vor dem Berliner Reichstag erneuert werden. Dann soll auch die Beregnungsanlage wieder arbeiten. Der Rasen hat im vergangenen Sommer sehr gelitten. Er wurde auch bei Großveranstaltungen geschädigt. Der Bezirk Mitte wendet für das Grün jedes Jahr etwa 50.000 Euro dafür auf.

➤ 2,4 Milliarden Überschuss

Nach vorläufigen Berechnungen weist unsere Stadt für das vergangene Jahr einen Finanzierungsüberschuss von 2,4 Milliarden Euro aus. Damit wird sogar das bisher beste Ergebnis von 2017 übertroffen. Für Finanzsenator Matthias Kollatz ist das nicht nur Ergebnis einer guten konjunkturellen Lage. Es bestätigt auch die Politik der nachhaltigen Investitions- und Konsolidierungstendenz.

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Bei anderen gelesen

► Die Berater-Republik

Lange wurde der Staat kaputt gespart. Heute ist er bei Groß-Projekten überfordert. Ohne Unternehmensberater geht fast gar nichts mehr, und sie verdienen damit Milliarden. In den vergangenen Monaten wurden immer neue Affären um Berater Einsätze im Regierungsdienst benannt, allem voran im Verteidigungsministerium. Der Bundesrechnungshof stellte fest, dass das Wehrressort millionenschwere Aufträge an Berater rechtswidrig vergeben hatte. Es geht um Vetternwirtschaft und Geldverschwendung. Die Berater setzen nicht nur Projekte um, sondern machen Politik, beeinflussen, wie wir leben. Der Staat wird abhängig vom Wissen anderer und lernt nur Unfähigkeit.

„Der Spiegel“ Nr. 5, 26.01.2019

► Begründung für Aufrüstung

Gerade in Deutschland wird der Konflikt in der Ostukraine als Begründung für Aufrüstung und militärische Integration der EU herangezogen. Dies geht einher mit einem militärischen Führungsanspruch der Bundeswehr in der EU. „Als Reaktion auf die russische Aggression“, so Heiko Maas, „führt die Bundeswehr einen multinationalen Gefechtsverband der NATO in Litauen.“

„Neues Deutschland“, 26./27.01.2019

► Kündigung des INF-Vertrages – Baldiges Ende Trumps überfällig

Bleibt zu hoffen, dass es noch zu Protesten gegen eine erneute Stationierung atomarer Sprengköpfe in Deutschland und anderswo kommen wird. Und vor allem: ein baldiges Ende der Präsidentschaft von Donald Trump ist längst überflüssig, damit unsere Welt nicht noch extremer aus den Fugen gerät.

Yvonne Walden in „Cicero“, 02.02.2019

Menschen in Mitte

Inge Jacobeit – Vermächtnis einer 90-jährigen

In der Weimarer Republik geboren, im Faschismus aufgewachsen, könnte das Leben von Inge Jacobeit ein spannendes Bilderbuch sein über den Aufbruch im Osten Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg.



Inge Jacobeit

Als 17-jähriger Lehrling organisierte die Tochter einer kommunistischen Familie im März 1946 in der Weberei Großlaub im sächsischen Leisnig gegen den Widerstand des Besitzers die erste FDJ-Gruppe. Ein paar Wochen später wurde sie Mitglied der gerade gegründeten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und bald schon Abgeordnete des Kreistages in Döbeln. „Als eben ausgebildete Weberin folgte ich dem Ruf, als Neulehrerin und Pionierleiterin an die Grundschule in Leisnig zu gehen. Nach drei Jahren holte man mich nach Berlin – dorthin, ‚wo du dringend gebraucht wirst‘, wie es unser Kreisvorsitzender formulierte“, denkt Inge Jacobeit zurück.

In der damaligen 27. Schule in der Friedrichstraße musste sich die junge Frau, die 1929 in Ottendorf bei Hainichen das Licht der Welt erblickte, gegen den Widerstand von letzten Lehrern aus der Nazizeit und aus dem Westteil der Stadt mit allem Mut durchsetzen. „Es war kein leichter Start

damals 1950 in Berlin“, erinnert sie sich, „aber ich wusste bald, dass ich hier bleiben werde“. Denn auch die DDR-Hauptstadt brauchte viele engagierte Hände und Herzen. „Ich gehörte zu den Tausenden Bauhelfern für die geplante Stalin-Allee, war eine der Trümmerfrauen“, ist sie jetzt noch stolz. „Heute muss ich weinen, wenn ich von den Machenschaften der Deutsche Wohnen höre, von dem Mietenskandal für Häuser, die wir damals unter riesigen Mühen und größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten gebaut haben!“

Inge Jacobeit arbeitete dann bis 1989 überall dort, wo sie ihr Wissen und ihre reichen Erfahrungen einbringen konnte. In der FDJ-Kreisleitung Mitte in der Albrechtstraße war sie zuerst verantwortlich für Agitation, dann hauptamtlich als 2. Sekretär. 1956 heiratete sie den damaligen FDJ-Sekretär und Abteilungsleiter der Berliner Verkehrsbetriebe, wurde Mutter eines Sohnes und einer Tochter. 39-jährig wird sie die Kaderleiterin in der SED-Kreisleitung von Mitte. „Dann ging ich in die Wirtschaft, war Personalchefin des VEB SECURA-Werke Berlin für Rechenmaschinen und Kopiergeräte.

„Mein Herz gehörte aber auch mein ganzes Leben lang der Volkssolidarität“, gesteht sie. „Nach dem Krieg brauchten viele Witwen und Kinder Unterstützung. Seit der ‚Wende‘ haben die soziale Ungleichheit und die Armut in unserem Bezirk rasant zugenommen. In meiner Zeit als stellvertretende Vorsitzende des Verbandes in Mitte konnten wir Seniorenklubs und Kinder- und Jugendtreffs eröffnen, kämpften aber auch gegen Schließungen“.

Noch jetzt ähneln Besuche von ehemaligen Mitstreitern bei der betagten und noch sehr agilen Inge Jacobeit – sie beging Anfang des Jahres ihren 90. Geburtstag – „Leitungssitzungen“, bei denen sie aus ihrem reichen Erfahrungsschatz in einem bewegten Leben schöpft. „Das menschliche Mit- und Füreinander, die Solidarität mit den Benachteiligten müssen erhalten bleiben“, betont sie. „Und wir müssen mehr tun für den Frieden, gegen Hass und rechtes Gedankengut. So vieles, was ich heute beobachte, habe ich als Kind und Jugendliche erlebt in den verhängnisvollen 30er und 40er-Jahren“. Das Vermächtnis einer 90-Jährigen.

Matthias Herold



BÜRGEBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77
kontakt@carola-bluhm.de / www.carola-bluhm.de
Sozial- und Mietberatung
Do 17-18 Uhr: 14.3./28.3./11.4./25.4./9.5.

Von den Haupt- und Nebensachen

In Mitte tragen viele sockenfrei, weiße Sneaker, schmale, gefranste, 7/8 oder 3/4 Hosen. Meine fast auf dem Prenzlauer Berg wohnende Freundin mailt, sie wäre dessen und des winterlichen Grau in Grau in Mitte-Mitte überdrüssig; Glamour gäb's nur weiter unten, siehe Berlinale...

Die ist vorbei, der Frühling hat schon reingeschaut, im Teehaus „Chen Che“ in der Rosenthaler treffe ich einen alten Freund aus Charlottenburg. Er fremdelt. Niemand älter als 25? Englisch lingua franca? Nur feinste Klamotten? Überflüssiger Überfluss, doziert er, und spaziert im hellen Staubmantel von früher neben mir vergnügt durch die Mulack- zur Münzstraße. Wir klettern bei „Father Carpenter“ auf hohe Hocker, trinken, wie die „New York Times“ empfiehlt, kleine Tassen Kaffee. Berlins Medien berichten, die Leipziger ist Berlins dreckigste Straße. Nur unterm Kaiser war's dort gemütlich.

Die sozialistische Moderne hinterließ zu breite, zu zugige Bürgersteige und Fahrstreifen, der Kapitalismus brachte abgasige Autos en masse. Auch ohne Luftverschmutzung bin ich lieber woanders, ich eile vorbei, durch, vorüber, trotz Meilenstein kein Schlendern, Verweilen, Staunen, dem Fußgängertunnel fehlt die

Rolltreppe, bemalte Wände nehmen der Unterquerung nicht den Grusel, aufsteigend gibts altmodische Wegweiser, aber mein Ziel ist zu neu: Der Boulez-Saal mit seiner Kunst für's Ohr, Freude für's Auge, Gaumengenuss. Solange es den Durchgang am strahlenden Schloss noch nicht gibt, muss ich anschließend am Nikolaiviertel links durch den finsternen Park.

Die östliche Rückseite des Schlosses gemahnt an neue öde Berliner Bürohäuser, sechs nicht leuchtende Laternen lassen auch Marx und Engels im Dunkeln stehen, keine Ampel blinkt, wo ich rennend die Liebknechtstraße überquere. Jetzt ist's urbaner. Menschen rechts, links, am Wasser, geradeaus, auch Richtung Oranienburger. Zwischen Monbijou- und Tucholskystraße warten über 100-jährige Gebäude auf neue Fertigstellung. Soll hinter's neugebaute kleine Haus mit doppeltem Rundbogen-Durchgang ein Biergarten?

Dicht umzäunt ist das Umfeld des gewesenen Tacheles, durch Astlöcher ein Blick auf die riesige, 17 Meter tiefe Baugrube, Menschen, Bagger, Kräne. Steht das Tor offen, lässt sich mit Glück an ein- und ausfahrenden Lastern vorbeisehen. In Manhattan lenkt Baugeschehen den Blick meist nach oben, lassen sich durch Zaunfenster



Tief nach unten und hoch hinaus auf Mittes Baustellen

Details erkennen. Berlin wächst nirgends in den Himmel, aber Zäune müssen blickdicht sein.

Irene Runge

100 Jahre Bauhaus – progressive Reformideen bewahren

„Das Endziel aller bildnerischen Tätigkeit ist der Bau!“ Mit diesen Worten leitete Direktor Walter Gropius das Manifest ein, in dem er die Grundideen des im April 1919 in Weimar gegründeten „Staatlichen Bauhaus zu Weimar“ darstellte.

Für das Ziel einer umfassenden Gestaltung der gebauten Umwelt des Menschen sollte die moderne Trennung zwischen Kunst und Handwerk überwunden werden. Die Ausbildung am Bauhaus erfolgte praxisorientiert in einer Reihe von Werkstätten, z. B. für Plastik, Tischlerei und Druckgrafik. Als Lehrer konnten international bedeutende Künstler wie Lyonel Feininger, Johannes Itten oder Wassily Kandinsky gewonnen werden.

Nach Repressionen durch die seit 1924 amtierende rechte Thüringer Landesregierung fand das Bauhaus als „Hochschule für Gestaltung“ eine neue Heimstatt in Dessau. Die anfängliche Rückbesinnung auf kunsthandwerkliche Fertigungsmethoden und Einzelstücke trat zunehmend in den

Hintergrund. Der marxistische Architekt Hannes Meyer arbeitete ab 1928 als neuer Direktor nach dem Grundsatz „Volksbedarf statt Luxusbedarf“ und setzte auf funktionale Produkte, die mittels industrieller Methoden preiswert für den Bedarf der Arbeiterklasse hergestellt werden konnten. Zudem stellte er das Fach Architektur in den Mittelpunkt der Lehre.

Nach Meyers politisch begründeter Entlassung durch den Dessauer Oberbürgermeister übernahm Ludwig Mies van der Rohe 1930 die Leitung. Die neue NSDAP-Stadtregerie vertrieb 1932 das Bauhaus erneut. Nach einem Semester als private Einrichtung in Berlin-Lankwitz wurde es durch die Repressionen der Nazis endgültig zur Auflösung gezwungen. Doch viele seiner Lehrer und Schüler prägten Architektur und Industriegestaltung des 20. Jahrhunderts weiterhin entscheidend mit.

Doch was bleibt davon heute? Die Immobilienportale sind voll mit Angeboten wie

„Exklusive Villa im kubischen Bauhaus-Stil“. Das Bauhaus wird auf einen bloßen „Stil“ reduziert, der als Statussymbol und Geldanlage dient. Demgegenüber sollten wir als Sozialisten die progressiven Reformideen des Bauhaus betonen und bewahren: das Zusammenwirken von Kunst, Handwerk und Industrie, um der breiten Bevölkerung eine Umwelt von hohem Gebrauchswert und ästhetischer Qualität zu schaffen.

Markus Wollina

BÜRGER*INNENDIALOG

Katharina Mayer
Mitglied der Linksfraktion in der
BVV Berlin Mitte lädt ein

JEDEN 2. FREITAG IM MONAT

16:00 – 18:00 Uhr

im LINKSTREFF

**Malplaquetstr. 12
13347 Berlin - Wedding**

Aufrüttelnder Bericht zur sozialen Lage in Mitte

DIE LINKE: Bezirksamt muss Herausforderungen anpacken

Die Bevölkerung in Mitte ist seit 2010 um 50.000 Menschen gewachsen. Heute leben etwa 380.000 Menschen hier. Nach Pankow ist Mitte der bevölkerungsreichste Berliner Bezirk. Mit einem Durchschnittsalter von 38,4 Jahren ist Mitte zudem der zweitjüngste Bezirk in Berlin. Und: Mehr als 60 Prozent der jungen Menschen in Mitte sind aus anderen Ländern zugewandert.

Schon diese Daten aus dem Ende 2018 vom Bezirksamt veröffentlichten Bericht „Basisdaten zur Bevölkerung und sozialen Lage im Bezirk Berlin-Mitte“ machen deutlich: In Mitte bündeln sich die Herausforderungen. Insbesondere das Thema soziale Spaltung. Mitte ist ein Bezirk mit vielen armen Menschen. 37,7 Prozent der Menschen im Gesundbrunnen, 31 Prozent im Wedding, 22 Prozent in Moabit beziehen Arbeitslosengeld II. Noch krasser sind die Zahlen bei Kindern. Im Gesundbrunnen wachsen 61,5% aller Kinder mit ALG II auf, in Wedding 57,8 Prozent, in ganz Mitte 43,5 Prozent. Auch Armut im Alter ist ein wachsendes Problem.

Die Linksfraktion in der BVV hat deshalb eine große Anfrage an das Bezirksamt gerichtet. Wir wollen wissen, welchen Handlungsbedarf das Bezirksamt daraus ableitet, welche

neuen Prioritäten, welche praktischen Schritte. Natürlich kann der Bezirk nicht alles lösen. Ein höherer Mindestlohn, bessere Renten, bezahlbare Mieten sind Themen der Landes-



und Bundespolitik. Aber auch der Bezirk kann viel tun. Aktuell scheint Bezirksbürgermeister von Dassel aber mehr daran interessiert, arme Menschen und solche, die ihn stören, einfach zu vertreiben. Das ist keine verantwortungsvolle Politik. Wir brauchen solidarische Lösungen, die allen Menschen helfen, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen, aus Armut

und Not heraus zu kommen, sich weiter zu entwickeln. Dazu braucht es ein Bezirksamt, das die Augen vor Herausforderungen nicht verschließt, sondern anpackt.

Ein paar Aufgaben benennt der Bericht des Bezirksamtes. Bessere Ausstattung des Jugend- und Gesundheitsamtes, mehr Geld für Erziehungs- und Familienberatung, mehr und bessere Kitas, mehr und bessere Schulen. Aber das reicht nicht. Die Linksfraktion will mehr berufliche Chancen, eine berufliche Ausbildung für alle jungen Menschen, eine vorbildliche Integrationspolitik, mehr Teilhabe für alle Menschen in unserem Bezirk. Das Bezirksamt muss die gute Haushaltslage nutzen, um gemeinsam mit den Menschen in unserem Bezirk Armut, Benachteiligung und fehlende Zukunftschancen nachhaltig zu überwinden. Schon der nächste Haushalt für die Jahre 2020-2021 kann dafür Zeichen setzen.

Rüdiger Lötzer

Der Sozialbericht ist abrufbar unter:
www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/qualitaetsentwicklung-planung-und-koordination-des-oeffentlichen-gesundheitsdienstes/

Er schuf Freiraum in Berlin

Nachruf auf Hubert Matthes

Am 22. März hätte er seinen 90. Geburtstag gefeiert, doch Hubert Matthes, einer der bedeutendsten Landschaftsarchitekten der DDR, verstarb bereits am 21. Dezember. In seinem langen und ereignisreichen Leben prägte er nachhaltig das Gesicht Berlins.

Geboren 1929 in Söllichau, studierte Matthes nach dem Krieg Gartenbautechnik in Pillnitz. In den 1950er Jahren war er bei dem großen Reinhold Lingner an der Deutschen Bauakademie tätig, wo er u. a. den Park am Amtssitz des Präsidenten der DDR am Schloss Schönhausen projektierte. Als Mitglied des Kollektivs Buchenwald gestaltete er die KZ-Gedenkstätten in Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen mit. Von 1962 bis 1977 leitete Matthes die Freiflächenplanung im VEB Berlin-Projekt (später VEB Ingenieurhochbau Berlin). Hier arbeitete

er an zahlreichen interdisziplinären Projekten mit: u. a. die Gestaltung des Platzes der Akademie (heute Gendarmenmarkt) und des Alexanderplatzes, die Freiflächen unter dem Fernsehturm und diverse neugebaute Wohngebiete. Insbesondere am Fernsehturm zeigte sich Matthes' Können in der Verbindung von großräumigen Freiflächen mit kleinen, gärtnerisch ansprechenden Rückzugsräumen, sowie in der Verwendung des Themas Wasser (mit dem Neptunbrunnen und den Wasserkaskaden am Fernsehturm) als Verbindung zum nahegelegenen Spreeufer.

Ab 1978 leitete Matthes drei Jahre die Abteilung Freiraumgestaltung im Büro für Städtebau der Stadt Berlin. Ende der 1970er Jahre folgte er dem Ruf an die Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar, wo er an der Ausbildung zahlreicher Architekten und Stadtplaner mitwirkte. Nach seiner Emeritie-

1992 arbeitete er selbständig weiter, bis er sich 1998 aus dem Berufsleben zurückzog und in Berlin-Biesdorf lebte.

Nach dem Ende der DDR musste Matthes erleben, wie das von ihm mitgeplante Ensemble des Alexanderplatzes nach und nach durch eine konzeptionslose Neuplanung unkenntlich gemacht wurde. Ein anderes großes Werk, der Rosengarten im Treptower Park, wurde dagegen in den letzten Jahren mit Matthes' Beratung rekonstruiert, wobei auch eine 1968 aus Kostengründen nicht realisierte Aussichtsterrasse am Spreeufer errichtet wurde. Die freiraumplanerische Weiterentwicklung des Gebiets am Fernsehturm, die 2015 nach einem umfangreichen Bürgerbeteiligungsprozess vom Abgeordnetenhaus beschlossen wurden, wird aktuell im Rahmen der „Stadtwerkstadt Berliner Mitte“ konkret ausgeformt.

Markus Wollina

Das ist das Letzte

Er glaubt, der Größte auf Erden zu sein. Aber andere sind auch groß und größer geworden. Das macht Donald Trump und seine Gönner nervös.

Besonderen Groll bereitet ihm Frau Merkel. Die bekam auf der Münchner Sicherheitskonferenz den stärksten Beifall, weil sie riet: Mehr Sicherheit durch mehr Dialog und weniger Hysterie! Da er derlei ahnte, blieb er zu Hause. Dort erfuhr er auch, dass 82 Prozent der Befragten im deutschen „Politbarometer“ seine Politik „mit großer Sorge“ betrachten. Bei Putin haben nur 56 Prozent solche Befürchtungen. Das nährt den alten Verdacht der kalten Krieger, dass alle Europäer rote Socken tragen! Drum senkt der Stier seine Hörner zum Kampf: Die Opposition im eigenen Parlament überrumpelt er mit seiner „Notstands-Diktatur“.

So will er die Milliarden für die Mauer gegen Mexiko sichern. Er attackiert den Staatschef von Venezuela und verlangt, dass dessen Generäle den von ihm geförderten Nachfolger auf den Thron heben. Er erpresst höhere NATO-Spenden aus Europa und droht mit Strafzöllen für deutsche Autos. Er kündigt den Abrüstungsvertrag mit Moskau und plant seinen „Sternenkrieg“. Er sprengt Handelsverträge und Erdgasleitungen. Er schickt die gefangenen Söldner der IS-Verbände in die Heimatländer zurück. Deutschland soll 42 oder mehr zurücknehmen und aburteilen. Obwohl es schwer ist, Beweise für deren Untaten vorzulegen. Die Innenminister raufen sich die Haare.

Inzwischen bekam unser „fälschungssicherer“ Personalausweis in 39.000 Fällen den Stempel „Gefälscht!“ Nun werden neue Ausweise fällig. Ergänzt durch zwei Fingerabdrücke. Ich vermute, dass windige Chirurgen bereits üben, den Fingerkuppen andere Windungen zu verpassen. Ich werde daher meine Blutgruppe und einen Urintest beifügen. Oder den Rat, eine andere Außen- und Ostpolitik durchzusetzen. Die kaiserliche Parole „Viel Feind – viel Ehr!“ rettet uns nicht im Raketenwald.

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337
E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 26.02.2019
Ausgabetag für Nr. 04/2019 - 11.04.2019

So viel Soziales war selten in der EU

Tariflöhne für entsandte Beschäftigte. Eine EU-Arbeitsbehörde. Bezahlte Elternzeit. Schriftliche Infos über den neuen Arbeitsplatz. Kindergeldkürzung endgültig vom Tisch. So viel Soziales war selten in der EU.

Im November 2017 kam die „Europäische Säule sozialer Rechte“. Sie ist unverbindlich. Das hat DIE LINKE angeprangert. Aber: Dann machte die Kommission noch eine ganze Reihe von Gesetzesvorschlägen im Bereich Soziales. Die letzten neuen Verordnungen und Richtlinien werden im April abgestimmt. Die Linksfraktion GUE/NGL hat mit vollem Einsatz dafür gekämpft, dabei so viel wie möglich für Arbeiter*innen und EU-Bürger*innen rauszuholen.

Die neue Entsendrichtlinie vom Mai 2018 war der Anfang. Endlich gelten auch für entsandte Beschäftigte die Tariflöhne. Für die Linksfraktion führte die dänische Genossin Rina Ronja Kari die Verhandlungen. Kari verhandelte auch die neue Europäische Arbeitsbehörde ELA mit. Diese wird gemeinsame und zeitgleiche Kontrollen mehrerer nationaler Behörden etwa auf Baustellen erleichtern, um grenzüberschreitenden Sozialbetrug durch Unternehmen zu bekämpfen.

Die spanische Linke Tania Gonzales verhandelte für die Linksfraktion über die neue Richtlinie zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben. Das Ergebnis: Erstmals müssen alle EU-Länder zumindest zwei Monate bezahlte Elternzeit und zehn Tage bezahlten Va-

terschaftsurlaub einführen.

Hart waren auch die Verhandlungen zur neuen Richtlinie über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen. Die Linksfraktion, vertreten durch die Spanierin Paloma Lopez, wollte eine EU-weit einheitliche Definition für Arbeitnehmer*innen durchsetzen. Das wäre wichtig, damit Beschäftigte durch kriminelle Konstrukte wie Scheinselbstständigkeit nicht mehr um Sozialversicherung und Arbeitsschutz betrogen werden können. Doch dies haben die EU-Staaten blockiert. Zumindest müssen Beschäftigte bald besser über ihre Arbeitsbedingungen informiert werden.

Die LINKE EU-Abgeordnete Gabi Zimmer kämpft weiter für eine bessere Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme. Die Verhandlungen laufen. Einen Erfolg kann sie bereits verzeichnen: Eine Kindergeldindexierung wird in der EU nicht eingeführt. Hintergrund: Osteuropäer*innen, die in Deutschland arbeiten und voll Steuern zahlen, sollten weniger Kindergeld bekommen, wenn ihre Kinder zuhause in Polen oder Rumänien wohnen. Für CDU und AfD sind sie EU-Bürger*innen zweiter Klasse. Dagegen hat DIE LINKE im Bündnis mit anderen ein wichtiges Zeichen gesetzt.

Es ist einiges besser geworden. Eine soziale Wende ist mit den neuen Richtlinien und Verordnungen aber noch lange nicht geschafft! Viele linke Forderungen, die das EU-Parlament angenommen hatte, wurden dann vom Rat blockiert. Mit der Europawahl am 26. Mai geht der Kampf um eine sozialere EU weiter. Mit einer wachsenden Linksfraktion können wir noch viel mehr erreichen.

Thilo Jansen, Mitglied der BO Brüssel

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des
Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE –
mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats**
von 17.00 bis 19.00 Uhr im
Nachbarschaftszentrum
„Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität,
Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats**
im Kreativhaus, Fischerinsel 3,
10179 Berlin.

**an jedem ersten, dritten und fünften
Mittwoch des Monats**

kostenlose Beratung zu Sozialrecht
(Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und
Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwältinnen
Nina Jenny Soest und Christian Wisch**
von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung
erforderlich)
LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin,
Tel.: 28705751

Wir gratulieren im März zum Geburtstag!

- zum 94. Heinrich Grote
- zum 91. Victor Grossman, Helmut Hauptmann
- zum 90. Günter Böhle, Ingeborg Langner,
Ilse Pargmann
- zum 89. Anneliese Kolin
- zum 88. Erich Kleindorf, Karl-Heinz Neugebauer
- zum 87. Georg-Dietrich Breden, Gisela Meier
- zum 85. Rolf Krug, Brigitte Lupp, Vera Reuß,
Fritz Wengler
- zum 84. Udo Leuschner, Ingrid Renner
- zum 83. Hannelore Lippmann, Ellen Rauhut,
Helmut Schieferdecker,
Lore Supranowitz
- zum 82. Eberhard Ugowski, Jürgen Zenker
- zum 81. Rita Kindler, Helga Rieß
- zum 80. Gerda Daenecke-Hohmuth,
Ingrid Gohritz, Anne-Dore Zachrau
- zum 70. Manfred Herzer